



II-2963 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich
 DER BUNDESKANZLER

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
 Tel. (0222) 531 15/0
 DVR: 0000019

353.110/106-I/6/91

19. Juli 1991

Herrn
 Präsidenten des Nationalrats
 Dr. Heinz FISCHER

1162 IAB

Parlament
1017 Wien

1991-07-22
 zu 1206 IJ

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Schmidt, Dr. Ofner, Motter, Peter haben am 31. Mai 1991 unter der Nr. 1206/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Österreichisches Kulturzentrum für Deutsche aus dem Sudeten-, Karpaten- und Donauraum gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Ist es richtig, daß Sie dem Verband der Volksdeutschen Landsmannschaften Österreichs zugesagt haben, die Dotierung für das geplante Kulturzentrum in der Höhe von 5 Millionen Schilling im Jahr 1990 auch für die folgenden Jahre sicherzustellen bzw. sogar zu erhöhen?
2. a) Ist durch das Budget 1991 die finanzielle Unterstützung dieses Projekts auch weiterhin gesichert?
 b) Mit welchem Betrag wird das Projekt im Jahr 1991 gefördert?
 c) Können Sie eine Zusage dahingehend machen, daß der VLÖ auch in den kommenden Jahren mit einer entsprechenden Unterstützung für dieses Projekt rechnen kann?
3. Falls im Budget 1991 kein Betrag für die Errichtung eines Kulturzentrums für Deutsche aus dem Sudeten-, Karpaten- und Donauraum vorgesehen sein sollte:
 a) Weshalb wird das Versprechen gegenüber dem VLÖ nicht eingehalten?
 b) Werden Sie sich dafür einsetzen, daß die für 1991 verbal zugesicherte Subventionen dennoch ausbezahlt wird?

- 2 -

- c) Wenn ja; aus welchem Ansatz sollen die Mittel genommen werden?
 - d) Wie hoch wird diese Förderung für 1991 sein?
4. Ist bereits ein geeignetes Bundesgebäude für die Unterbringung dieses Kulturzentrums gefunden worden?
5. Wenn ja: Um welches Bundesgebäude handelt es sich?
6. Wenn nein:
- a) Worin liegen die Gründe dafür, daß bislang noch kein geeignetes Gebäude gefunden werden konnte?
 - b) Welche Gebäude werden in Aussicht genommen?
 - c) Wann ist mit einer endgültigen Entscheidung zu rechnen?

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 6:

Wie in der Anfrage zutreffend ausgeführt, habe ich die Errichtung eines Kulturzentrums der deutschsprachigen Altösterreicher aus dem Sudeten-, Karpaten- und Donauraum immer unterstützt.

Zum Stand der Projektentwicklung wird mir von dem in dieser Angelegenheit zuständigen Bundesminister für Unterricht und Kunst folgendes mitgeteilt:

Im Budgetüberschreitungsgesetz 1990 wurden beim Ansatz 1/12006 5 Millionen Schilling seitens des Bundesministeriums für Finanzen beantragt und hierauf dem (damaligen) Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport zur Verfügung gestellt. Für 1991 war seitens des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst eine Budgetierung technisch nicht mehr möglich, da die Budgetanträge bereits im Mai jeden Jahres an das Bundesministerium für Finanzen zu richten sind.

Der im Budgetüberschreitungsgesetz 1990 zur Verfügung gestellte Betrag wurde seitens des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst sodann nach Vorliegen der notwendigen Unterlagen in den Monaten November (2,1 Millionen Schilling) und Dezember 1990 (2,9 Millionen Schilling) flüssig gemacht.

- 3 -

Mit Schreiben vom 18. April 1991 teilte der Verband der Volksdeutschen Landsmannschaften Österreichs mit, daß die überwiesenen Mittel noch nicht widmungsgemäß eingesetzt wurden, da ein entsprechendes Bundesgebäude für die Unterbringung des Kulturzentrums noch nicht gefunden werden konnte.

Anläßlich einer Vorsprache von Vertretern des Verbands der Volksdeutschen Landsmannschaften Österreichs am 10. Juli 1991 habe ich diesen meine Unterstützung bei der Suche nach einem geeigneten Gebäude zugesagt.

Für 1992 wurde seitens des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst vorsorglich ein Betrag von 5 Millionen Schilling im BVAE beantragt, dessen Realisierung jedoch von der positiven Lösung der Unterbringungsfrage, der widmungsgemäßen Verwendung und Abrechnung der bereits überwiesenen Subvention sowie vom Ergebnis der Budgetverhandlungen abhängig ist.

